



## Pressespiegel zur Asylpolitik vom 11. April 2018

Erstellt von Mark Gärtner  
gaertner@sfrev.de

### Geschehenes – Kurzmeldungen:

#### *Blick nach Europa und die Welt*

- Trotz vereinbarter Waffenruhe ist es in Ost-Ghuta in Syrien wieder zu Giftgasangriffen gekommen, berichten Rettungskräfte und Hilfsorganisationen, das Regime dementiert. Die Angriffe erfolgten auf die letzte von den Rebellen gehaltene Stadt Duma. Die Präsidenten der USA und Frankreichs, Donald Trump und Emmanuel Macron sowie die britische Premierministerin Theresa May, stehen in Kontakt und prüfen einen Militärschlag in Syrien. Russland und das syrische Regime luden die Organisation für das Verbot von Chemiewaffen (OPCW) nach Ost-Ghuta, um die Vorfälle überprüfen. Die Organisation meldete gestern Abend, dass ein Team sich zur Abreise vorbereite.  
<http://www.zeit.de/politik/ausland/2018-04/giftgasangriff-syrien-donald-trump-militaerschlag-emmanuel-macron> (10.04.18)
- Der EU-Türkei-Deal sieht vor, dass Menschen, die auf den griechischen Inseln ankommen, so lang dort bleiben müssen, bis über ihre Asylverfahren entschieden ist. Ist die Entscheidung negativ, sollen sie zurück in die Türkei abgeschoben werden. Seit Inkrafttreten des Abkommens im März 2016 sind fast 70.000 Menschen über die Ägäis nach Griechenland gekommen, abgeschoben wurden 1.658. Das geringe Risiko, abgeschoben zu werden, könnte zu dem jüngsten Anstieg der Fliehenden beitragen. 4.300 Menschen flohen im ersten Quartal 2018 über die Ägäis, laut Angaben des griechischen Migrationsministeriums ein Anstieg um 33 % im Vergleich zum Vorjahr. Auf Grund lange dauernder Asylverfahren und überfüllter Geflüchtetenlager auf den Inseln hat die griechische Regierung zudem begonnen, Menschen von den Inseln aufs Festland zu transferieren. Weiterhin meint die griechische Küstenwache zu wissen, dass ihre türkischen Kolleg\*innen weniger streng in der Ägäis kontrollieren würden. Hintergrund seien Spannungen im griechisch-türkischen Verhältnis. Während sich zwei griechische Soldaten in Haft in der Türkei befinden weil sie im Grenzgebiet auf türkisches Territorium gelangt waren, fordert die türkische Regierung Griechenland auf, acht Soldat\*innen auszuliefern, die nach dem Putschversuch des Militärs in Griechenland um Asyl gesucht hatten.  
<http://www.handelsblatt.com/politik/international/fluechtlinge-darum-fliehen-wieder-mehr-menschen-aus-der-tuerkei-nach-griechenland/21135826.html> (03.04.18)
- Fidesz, die rechtsnationale Partei des bisherigen und neuen Premierministers Ungarns, Viktor Orban, hat die Parlamentswahlen gewonnen. Mit 48,5 % der Stimmen kann die

Partei zwei Drittel der Parlamentssitze für sich beanspruchen. Die stärkste Kraft wird im ungarischen Wahlrecht begünstigt. Die Faschist\*innen von Jobbik errangen 19,5 %, die Ungarische Sozialistische Partei erhielt 12,3%, die Grün-Partei 6,9%, die Demokratische Koalition 5,6 %. Orban hatte im Wahlkampf fast ausschließlich gegen Fliehende und Migrant\*innen gehetzt. Es zeichnen sich weitere Konflikte mit der EU ab. Orban sprach bereits davon, „Brüssel [wolle] die Bevölkerung Europas verdünnen, will sie austauschen.“ Vertreter\*innen von CDU und CSU, beide Parteien sind gemeinsam mit Fidesz Mitglied in der Europäischen Volkspartei, gratulieren Orban. Ihre Glückwünsche reihen sich in die der AfD ein.

<http://www.fr.de/politik/ungarn-triumph-fuer-orban-zweidrittelmehrheit-wahrscheinlich-a-1482493>

(09.04.18)

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/ungarn-viktor-orbans-wahlsieg-spaltet-europa-a-1201913.html>

(09.04.18)

### *Bund, Land, Kommune*

- Bundesinnenminister Horst Seehofer hat einen Gesetzesentwurf zum Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten vorgelegt. Demnach sollen lediglich 1.000 Menschen ab 1. August ihre Familien nachholen dürfen. So weit, so bekannt. Allerdings sollen die Nachziehenden nur Ehepartner\*innen, Eltern von minderjährigen Kindern und minderjährige, unverheiratete Geflüchtete sein. Geschwister sind vom Nachzug ausgeschlossen. Ehepaare, die nicht im Herkunftsland geheiratet haben, sollen ebenso nicht nachziehen dürfen. Diejenigen, die auf Hartz-IV angewiesen sind, also nicht selber ihren Lebensunterhalt und den ihrer Familie sichern, dürfen ihre Familienmitglieder auch nicht wiedersehen. Wer auch nicht darf: die schwammig definierten Gruppen der Gefährdeter\*innen, Hassprediger\*innen und Leiter\*innen verbotener Vereine. Die Begrenzung auf 1.000 nachziehende Menschen sei bereits fürchterlich, so Linke und Grüne. Nun sei diese Regelung noch weiter verschlimmert worden.  
<http://www.fr.de/politik/flucht-zuwanderung/fluechtlinge-horst-seehofer-will-familiennachzug-minimieren-a-1479735> (05.04.18)
- Ein 13-jähriger Junge syrischer Staatsbürgerschaft hatte vor dem Bundesverfassungsgericht beantragt, seine derzeit in der Türkei lebende Mutter nachholen zu können. Ihm war der subsidiäre Schutzstatus zugesprochen worden. Der Antrag auf einstweilige Anordnung zielte darauf ab, den bis 31. Juli 2018 nach wie vor ausgesetzten Familiennachzug für subsidiär Schutzberechtigte wieder zu ermöglichen.  
<http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/familiennachzug-fuer-fluechtlinge-bleibt-vorerst-ausgesetzt-15533740.html> (09.04.18)
- Bei einem Treffen mit der Chefin des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge, Jutta Cordt, bekräftigt Bundesinnenminister Horst Seehofer seine Pläne, bis Herbst Abschiebezentren zu errichten, zynisch-euphemistisch „Ankerzentrum“ genannt. Fünf sollen bis dahin entstehen. Bis zur Sommerpause wolle er dem Bundeskabinett einen Masterplan Migration vorstellen. Die „Ankerzentren“ sollen darin eine zentrale Rolle spielen. Nur diejenigen Menschen mit der juristisch nicht existierenden und definierten, „guten Bleibeperspektive“ sollen sie verlassen dürfen. Weiterhin solle das BAMF mehr Personal erhalten. Dies solle künftig enger mit den Ausländerbehörden zusammenarbeiten um Abschiebungen schneller organisieren zu können.  
<http://www.fr.de/politik/asylpolitik-seehofer-macht-abschiebungen-zur-chefsache-a-1481527> (06.04.18)
- Zusammengerechnet 27.386 Tage saßen im Jahr 2017 925 Menschen in Bayern in Abschiebungshaft. Das ergab eine Anfrage der Grünen. Die maximale Haftdauer belief sich auf 213 Tage. Ohne dass die Personalkosten für die Justizvollzugsbeamten\*innen

einberechnet sind kamen Kosten in Höhe von 5,6 Millionen Euro zustande. Anwält\*innen berichten, dass in mehr als 30 % der Fälle die Haft unnötig oder gar rechtswidrig vollzogen worden sei. Das bayerische Innenministerium macht keine Angaben zur Frage, wieviele Menschen aus der Haft wieder entlassen worden sind. Für die Grünen liegt der Grund auf der Hand: das Innenministerium „möchte nicht einräumen, dass in einer Vielzahl von Fällen die Abschiebehaft keineswegs zur Abschiebung führte.“ Der Zweck von Abschiebungshaft entfiel also. Abschiebungshaft wird in Bayern in Eichstätt und in Erding vollzogen.

<http://www.sueddeutsche.de/bayern/asylpolitik-tage-abschiebehaft-1.3930907> (04.04.18)

- Fachkräftemangel in der Altenpflege? War eines der Wahlkampfthemen. Neben der Asylpolitik. Frau Bulla ist angehende Altenpflegerin und geflüchtet. Eine Mehrheit der Sächsischen Härtefallkommission, die auch die wirtschaftliche Integration prüft, hat den von uns eingereichten Fall Frau Bullas und den ihres Lebensgefährten am Montag abgelehnt. Wir hatten den Fall in die Kommission eingereicht.

<https://www.mdr.de/investigativ/exakt-albanische-pflegekraft-wird-abgeschoben-100.html> (10.04.18)

## Hintergrund und Meinung

- 50.000 bis 60.000 Menschen warten darauf, zu ihren Familienmitgliedern nachziehen zu können. Maximal 12.000 pro Jahr können ab dem 1. August 2018 nach Deutschland kommen. Der Ausschluss von Hartz-IV Bezieher\*innen ignoriere die vielfältigen Gründe, warum Geflüchtete nicht direkt einen Job finden, kommentiert Parvin Sadigh in der *Zeit*. Probleme bei der Anerkennung ausländischer Abschlüsse, lange Wartezeiten auf einen Integrationskurs und demnach nicht genügende Deutschkenntnisse und schlicht: Traumatisierungen und die Sorge um ebenjene, sich ja noch nicht in Deutschland befindliche Familie verhindern, dass Geflüchtete ankommen, geschweige denn arbeiten können. Seehofer versuche, nicht von Menschen in Not zu sprechen. Stattdessen er stellt die Menschen entweder als gefährlich dar oder als Nutznießer\*innen des Sozialsystems.

<http://www.zeit.de/gesellschaft/familie/2018-04/horst-seehofer-familiennachzug-fluechtlinge-geld-schutz-hilfe> (04.04.18)

- In einer Reportage der *Zeit* steht Amanda Morales im Fokus als eine von elf Millionen illegalisierten Menschen, die in den USA leben. Morales hat Asyl in einer Kirche in Manhattan gefunden, obwohl sie seit 2004 in den Vereinigten Staaten lebt. Ihre Abschiebung würde die Trennung der Familie bedeuten, ihre Kinder haben jeweils eine Aufenthaltserlaubnis. Mit Beginn der Präsidentschaft Donald Trumps geraten auch Familien und langjährig Aufhältige in den Fokus der Abschiebungsbehörde Immigrations and Customs Enforcement (ICE). Auch US-Präsident Barack Obama galt mit 2,5 Millionen abgeschobenen Menschen als Deporter in Chief. Unter seiner Aufsicht wurden dagegen eher Menschen abgeschoben, die die mexikanisch-US-amerikanische Grenze gerade passiert hatten und Menschen, die schwere Straftaten begangen hatten. Die Zahl der Festnahmen von Illegalisierten im Landesinneren ist unter Trump um 42 % gestiegen, die Zahl der Festnahmen von nicht kriminell gewordenen sogar um 171 %. Die ICE geht dabei ausgesprochen rücksichtslos vor. Sie lauern vor Schulen, holen die Menschen von ihren Arbeitsplätzen oder von Gerichtsterminen. Ein Klima der täglichen Panik, schreibt Lukas Hermsmeier in der *Zeit*. Auch in den USA ist das Kirchenasyl nicht durch das Recht geschützt, doch die ICE würden sich bisher nicht in Gotteshäuser trauen. Morales lebt zudem in New York, eine Sanctuary City, deren Polizeibehörde selber nicht abschiebt und die verspricht, ihre Illegalisierten vor der ICE zu schützen. Derzeit wird versucht, ihren Ausweisungsbefehl zu verhindern.

Die Abschiebep Praxis der US-amerikanischen Regierung ist empörend. Erschreckend aber, wieviele Parallelen sich gerade zu Sachsen und Bayern zeigen. Familientrennungen und die Abschiebung Schwangerer sind moralische Grenzen, die bereits hier eingerissen wurden.

<http://www.zeit.de/politik/ausland/2018-04/immigrantin-usa-illegale-einwanderer-abschiebung-guatemala> (10.04.18)

- Familie Ahmad floh aus Mossul in das Geflüchtetenlager Al-Hamam al-Ali südlich von der Stadt. Nach einem Jahr ziehen sie zurück. Fotoreihe der *Zeit* über eine Rückkehr in eine zerstörte Stadt.  
<http://www.zeit.de/politik/ausland/2018-04/fluechtlinge-familie-mossul-rueckkehr-fs> (08.04.18)

Der Pressespiegel wird herausgegeben von:

Sächsischer Flüchtlingsrat e.V.  
Dammweg 4  
01097 Dresden  
E-Mail: [pr@sfrev.de](mailto:pr@sfrev.de)

Refugee Law Clinic Leipzig  
Burgstraße 27  
04109 Leipzig  
Email: [pr@rld.de](mailto:pr@rld.de)

Der Sächsische Flüchtlingsrat e.V. wird gefördert durch:

**PRO ASYL**  
FÖRDERVEREIN PRO ASYL E.V.



**UNO-Flüchtlingshilfe**